

**Vize-Präsident**

Jens Weber  
Berg 18  
9043 Trogen  
071 344 48 26  
079 960 35 65  
kontakt@jens-weber.ch



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Appenzell Ausserrhoden

---

## **Medienmitteilung der SP Ausserrhoden zum Interview von Regierungsrat Dölf Biasotto in der Appenzeller Zeitung vom 06. Februar 2019**

Die Sozialdemokratische Partei (SP) Appenzell Ausserrhoden ist enttäuscht über die Aussagen von Regierungsrat und Energiedirektor Dölf Biasotto im Interview mit der Appenzeller Zeitung. Für die Appenzell Ausserrhoder Regierung sind Windparkanlagen „im Moment nicht angemessen“. Als Hauptargument dagegen führt der Ausserrhoder Energiedirektor den Schutz der Landschaft an. Die Schweizer Stimmbevölkerung hat dem revidierten Energiegesetz zugestimmt. Auch die Stimmbevölkerung von Appenzell Ausserrhoden stimmte zu. Mit dem Energiegesetz verbunden ist die Energiestrategie 2050, die einen möglichst hohen Anteil an einheimischen und erneuerbaren Energieträgern zur Nutzung anstrebt. Die SP teilt die Ansicht von Regierungsrat Biasotto, dass im Appenzellerland in der Sonnenenergie das grösste Potential vorhanden ist. Um in allen Jahreszeiten und bei allen Wetterlagen Stromlücken zu vermeiden, ist jedoch ein möglichst breiter Mix in der Nutzung von einheimischer und erneuerbarer Energie zwingend.

Im gleichen Interview spricht der Ausserrhoder Energiedirektor die aktuell sehr tiefen Strompreise an. Die tiefen Strompreise machten es aus wirtschaftlicher Sicht sinnlos, in Windkraftanlagen zu investieren. Dem widerspricht die SP gleich mit zwei Argumenten. Erstens wurden nur schon für die Vorprüfungen für den möglichen Bau von Windturbinen im Gebiet Honegg von privater Seite mehrere hunderttausend Franken investiert. Zweitens hat auch der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden Einfluss auf die Strompreise, und zwar als Miteigentümer der St.Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke (SAK) und darüber hinaus auch als Teilhaber an der AXPO. Die Argumentation der tiefen Strompreise gibt aus Sicht der SP Aufschluss darüber, dass offenbar nach wie vor nicht verstanden wird, dass die Strompreise aus nicht erneuerbaren Energieträgern, allen voran Atomstrom, nicht den effektiven Kosten entspricht. So ist absehbar, dass für den Rückbau, die Entsorgung und die Endlagerung des radioaktiv verseuchten Materials aus den vier Kernkraftwerken der AXPO Beznau 1, Beznau 2, Leibstadt und Gösgen Steuergelder der Eigentümerkantone aufgewendet werden müssen.

Mit Blick auf die Zukunft mit einer nachhaltigen Energieversorgung sind solche Aussagen des Ausserrhoder Energiedirektors für ein Mitglied der Kantonsregierung, das die strategische und planende Führung des Kantons ausübt, höchst problematisch. Die SP erwartet vom Regierungsrat mehr Mut und mehr politische Führung in der Umsetzung der Energiewende und letztlich in der Erfüllung des Auftrages der Appenzell Ausserrhoder Stimmbevölkerung.

---